

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	A1
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Betriebsräte als Regel, nicht als Ausnahme!
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die Einführung einer einheitlichen Betriebsratspflicht in
- 2 Unternehmen ab mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmer*innen, von denen
- 3 drei wählbar sind, ein.
- 4
- 5 Zusätzlich sollen Arbeitnehmer*innen verstärkt mit Hilfe von Fortbildung und bundesweiten
- 6 Kampagnen über ihre Rechte informiert und umfassend gebildet werden.
- 7
- 8 Des Weiteren soll Arbeitnehmer*innenrechten in der Ausbildung mehr Raum eingeräumt werden,
- 9 damit angehende Arbeitnehmer*Innen umfassend aufgeklärt werden.

Begründung:

Die derzeitige Regelung einer Möglichkeit der Bildung eines Betriebsrates, wie es im Betriebsverfassungsgesetz geregelt ist, zeigt deutliche Schwächen bei der Umsetzung einer Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen. Nur in rund 10% der betriebsratsfähigen Betriebe der Privatwirtschaft gibt es einen Betriebsrat.¹

Die Einsetzung von Betriebsräten auf freiwilliger Basis der Arbeitnehmer*innen führt dazu, dass Arbeitgeber*innen Druck auf ihre Angestellten ausüben können und somit ein Betriebsrat letztendlich trotz rechtlichen Schutzes verhindert wird. Eine einheitliche Betriebsratspflicht in jedem Betrieb könnte diesen Umstand umgehen. Betriebsräte sollten nicht länger die Ausnahme, sondern die Regel der Arbeitswelt sein, damit Arbeitnehmer*innen sich gegenseitig, ihre Stimme und Rechte stärken können und die

¹ Helge Baumann, Wolfram Brehmer: Die Zusammensetzung von Betriebsräten: Ergebnisse aus der WSI-Betriebsrätebefragung 2015, WSI-Mitteilungen 03/2016, S. 201-210

Demokratisierung der Arbeitswelt und Unternehmen weiter vorangebracht wird.

Betriebsräte sind der Grundstein eines demokratischen Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen. Mitbestimmung am Arbeitsplatz, die Verteidigung und das Einstehen für Arbeitnehmer*innenrechte sind tief verwurzelt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Wenn wir Arbeitnehmer*innen vollumfänglich in ihrem Alltag unterstützen möchten, müssen wir sie selbst ermächtigen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	B1
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Stärkung der demokratischen Bildung im Schulwesen
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD-Landtagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium der
- 2 Demokratiebildung und -förderung eine größere Bedeutung in den Kerncurricula für hessische
- 3 Schulen und in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften einräumt. Neben den eigentlichen
- 4 Lehrinhalten ist hierbei ebenfalls Wert auf gelebte Demokratie im Schulalltag zu legen.

Begründung:

Eine Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat Ende 2018 erstmals untersucht, wie es um die Demokratiebildung an deutschen Schulen steht. Seit längerem ist darüber hinaus klar, dass der fachbezogene Politikunterricht in Deutschland zu kurz kommt (vgl. Politische Bildung 2017/ Universität Bielefeld).

Die Studie des Berliner Instituts für Gesellschaftsforschung kommt zu dem Schluss, dass der Stellenwert der Demokratiebildung im Schulalltag bei nur knapp vier Prozent der bundesweit befragten Lehrkräfte „hoch“ sei. Für 95 Prozent dagegen sei die schulische Demokratiebildung nur von mittlerer Bedeutung. Bei Lehrkräften gesellschaftswissenschaftlicher Fächer sind Themen der Demokratiebildung nur bei 29,2 Prozent im Unterricht stark präsent. Des Weiteren gaben weniger als zehn Prozent der Lehrkräfte an, dass ihre Schüler*Innen in den letzten zwölf Monaten Erfahrungen mit Formaten der Demokratiebildung wie etwa Schüler*Innenparlamenten machen konnten. Um diesen Tendenzen und dem Ergebnis, dass die Intensität schulischer Demokratiebildung bei Lehrkräften, die älter als 43 Jahre sind, höher ist als bei jüngeren Kolleg*Innen, entgegenzuwirken, muss der Demokratiebildung ein höherer Stellenwert in den Kerncurricula und der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften eingeräumt werden.¹

¹ Statistiken entnommen der Studie „Demokratiebildung in Schulen“, Bertelsmann Stiftung

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	B2
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Bildung 4.0: Digitalkompetenz von Lehrkräften sichern
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD-Landtagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die Nutzung eines pädagogischen Tages für hessische Lehrkräfte wird unabhängig der Schulform
- 2 zur Weiterbildung hinsichtlich digitaler Kompetenzen in Anlehnung der Digitalstrategie 2017 der
- 3 Kultusministerkonferenz¹ vorgeschrieben.
- 4 Dadurch soll garantiert werden, dass Lehrkräfte souverän mit aktuellen digitalen Technologien
- 5 und Medien umzugehen wissen.

Begründung:

Lehrer*Innen und Schüler*Innen werden im gelebten Alltag auf unterschiedlichsten Ebenen sowohl mit neuen Kommunikationsmitteln als auch mit technologischen Neuheiten konfrontiert. Um dem gerecht zu werden, sollten sich Bildungskompetenzen an den Lebensrealitäten der Kinder orientieren. In Anlehnung des Monitors „Digitale Bildung“ der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2017 sei darauf hingewiesen, dass nur 15% der Lehrer*Innen digitale Lernformen vielseitig im Unterricht nutzen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

¹ Vgl. KMK: Bildung in der digitalen Welt Strategie der Kultusministerkonferenz
https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF._vom_07.12.2017.pdf

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

Antrag: D1

Antragsteller: Juso-Unterbezirkskonferenz

Betreff: Für einen freien Internetzugang und Meinungsfreiheit im Netz

Adressaten: SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die SPD und ihre Abgeordneten auf allen Ebenen, wie im aktuellen
- 2 Koalitionsvertrages festgelegt, Upload-Filter bei Urheberrechtsverletzungen grundsätzlich
- 3 ablehnen.
- 4
- 5 Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Pläne, die zur Einführung eines Upload-Filters führen
- 6 würden, ebenfalls kategorisch abgelehnt werden.
- 7
- 8 Wir fordern, die geplante EU-Copyright-Reform (COD) und insbesondere Artikel 11 in der jetzigen
- 9 Form sowie Artikel 13 kritisch zu betrachten und abzulehnen, solange entscheidende Fragen nicht
- 10 geklärt sind.

Begründung:

Wir setzen uns für einen freien Zugang zum Internet und für Meinungsfreiheit im Netz ein.

Vor diesem Hintergrund sprechen wir uns klar und deutlich gegen automatisierte Zensur und gegen Zensur durch Privatunternehmen aus. Die Entscheidung, ob ein Inhalt gegen geltendes Recht verstößt und gelöscht werden muss, oder gar nicht erst zugelassen wird, dürfen wir nicht Algorithmen überlassen.

Artikel 13 der COD in der aktuellen Form würde in der Umsetzung Plattformen dazu zwingen, Upload-Filter einzusetzen, die Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen scannen und noch vor dem Hochladen blockieren. Wenngleich das Ziel des Urheberschutzes lobenswert ist, ist die Technik, die für die Umsetzung notwendig wäre, fehleranfällig und intransparent.

In Artikel 11 soll ein Leistungsschutzrecht auf europäischer Ebene geschaffen werden, bei welchem elementare Fragen aber nach wie vor offen sind. Im aktuellen Kompromissvorschlag ist von “insubstantial parts (“snippets“) of press publications“ zu lesen, die aber nicht weiter erklärt werden. Hierbei ist also beispielsweise offen, ob es sich um quantitative oder inhaltliche Kriterien handeln soll. Solche Punkte dürfen in einem europaweiten Leistungsschutzrecht nicht offenbleiben, weshalb wir den Kompromissvorschlag in der aktuellen Form ablehnen. Wenngleich aktuell der EU-Ministerrat die EU-Urheberrechtsreform geblockt hat, ist es wichtig, hier weiterhin aufmerksam zu bleiben.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken

<u>Antrag:</u>	EU1
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Gemeinsame europäische Außenpolitik und europäische Armee
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Schaffung eines echten, vom europäischen Parlament gewählten, europäischen
- 2 Außenministers, welcher gemeinsam mit den nationalen Außenministern Europa eine Stimme in
- 3 der Welt geben soll. Er soll sich auf diplomatischen Wegen für Frieden in der Welt einsetzen und
- 4 die EU bei den Vereinten Nationen (UN) vertreten. Des Weiteren soll mit einer gemeinsamen
- 5 Europäischen Außenpolitik darauf hingewirkt werden, dass die EU einen ständigen Sitz im UN-
- 6 Sicherheitsrat erhält.
- 7
- 8 Wir möchten die nationalen Armeen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu einer
- 9 gemeinsamen Armee zusammenlegen, um so ein besseres Gegengewicht zu Internationalen
- 10 Akteuren wie den USA, China und Russland bilden zu können. Dabei sind wir der Überzeugung,
- 11 dass eine gemeinsame Armee wesentlich effektiver wäre und somit mehr Geld für andere
- 12 Bereiche zur Verfügung stehen würde.
- 13
- 14 In den europäischen Verträgen sollte dazu klar festgehalten werden, dass es sich dabei nur um
- 15 eine Verteidigungsarmee handelt und diese nicht zum Angriff auf andere Staaten oder die eigene
- 16 Bevölkerung missbraucht werden darf.
- 17
- 18 Die Feststellung des Verteidigungsfalles sollte zukünftig in einer gemeinsamen Sitzung der
- 19 Kommission, des Ministerrats und des Parlaments erfolgen, da dies von enormer Bedeutung ist.
- 20
- 21 Die Armee soll außerhalb des Verteidigungsfalles auf Vorschlag der Kommission, des Parlaments
- 22 und des Ministerrates an Missionen der Vereinten Nationen teilnehmen dürfen und im
- 23 Bündnisfall auch andere Staaten verteidigen dürfen, wobei der Bündnisfall wie der
- 24 Verteidigungsfall festzustellen ist.
- 25
- 26 In Katastrophenfällen, während derer die zivilen Hilfsorganisationen (Feuerwehr, Rettungsdienst
- 27 usw.) überfordert sind, soll die Armee unbewaffnet zur Unterstützung eingesetzt werden dürfen.

28 Ein bewaffneter Einsatz als Polizei sollte ausnahmslos verboten sein.

29

30 Zur politischen Leitung der gemeinsamen Armee sollte das Parlament einen europäischen
31 Verteidigungsminister wählen, welche die Armee in enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten
32 anführt.

33

34 Langfristig haben wir das Ziel eines Vereinten Europas als ein föderaler Staat ähnlich wie die USA
35 oder Deutschland und sehen die gemeinsame Außenpolitik und die Schaffung einer Europäischen
36 Armee als erste Schritte auf dem Weg dorthin.

Begründung:

Erfolgt mündlich

angenommen

abgelehnt

überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	EU2
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Stärkung des Europäischen Parlaments
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Bundesparteitag SPD-Bundestagsfraktion SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Konkret soll das
- 2 Europäische Parlament das Recht bekommen, selbständig die Gesetzesinitiative ergreifen zu
- 3 dürfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	KW1
<u>Antragsteller:</u>	Die Ortsvereine Gudensberg, Günsterode und Neumorschen in Abstimmung mit dem Unterkreisvorstand Schwalm-Eder-Nord
<u>Betreff:</u>	Kampagne für das Ehrenamt in der Kommunalpolitik
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Der SPD-Unterbezirksvorstand Schwalm-Eder soll finanzielle Mittel für eine Kampagne zur
- 2 Unterstützung des Ehrenamts in der Kommunalpolitik bereitstellen. Es soll eine Arbeitsgruppe
- 3 eingesetzt werden, die die Kampagne entwickeln und umsetzen soll. Zudem sollen über die
- 4 Geschäftsführung bei weiteren Unterbezirken Kooperationspartner für die Kampagne gesucht
- 5 werden, um Synergieeffekte zu schaffen und den finanziellen Aufwand der Kampagne zu
- 6 bündeln.

Begründung:

Ehrenamtliche repräsentative Kommunalpolitik in der lokalen Demokratie - Hintergrund und Problemstellung

Das Ehrenamt in der Kommunalpolitik ist ein unverzichtbarer Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir sorgen als ehrenamtliche Kommunalpolitiker für den Interessenausgleich und sozialen Zusammenhalt. Es geht darum, als Vermittler zwischen Gemeindevorstand/Magistrat bzw. Kreisausschuss mit der jeweiligen Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern zu wirken und damit gemeinsam mit den Menschen Aktivitäten zur Verbesserung der Lebenssituation und der Lebenschancen zu organisieren.

Es wird jedoch immer schwerer, kommunalpolitisch Engagierte zu halten. Überlastung und Überforderungen nehmen zu. Es wird vor allem immer schwieriger, neue Kandidaten/-innen für das ehrenamtliche kommunalpolitische Mandat zu begeistern.

Zudem entstehen immer mehr Konflikte vor Ort. Die repräsentative Kommunalpolitik und Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung prallen aufeinander. Eigennutz stehen hierbei vor Gemeinwohl, zunehmend sind verbale Angriffe auf Mandatsträger zu verzeichnen.

Eine Verkleinerung der Parlamente vor Ort löst alleine nicht das Problem, sondern bekämpft lediglich das Symptom.

Ziel der Kampagne

Wir müssen alles daransetzen, das ehrenamtliche Engagement weiter zu stärken, zu stützen und die Betroffenen vor Überforderung und insbesondere vor Anfeindungen besser zu schützen.

Und wir brauchen eine gezielte Ansprache für das Ehrenamt in der Kommunalpolitik und für eine Mitgliedschaft in der SPD. Neugeworbene Mitglieder haben meist von vornherein den Anspruch, sich auch um ein öffentlich-politisches Mandat zu bewerben.

Der typische kommunale ehrenamtliche Mandatsträger ist älter als der Bevölkerungsdurchschnitt (über 55 Jahre), gut ausgebildet und überwiegend männlich. Damit wird deutlich, dass wir gerade junge Menschen und Frauen wir für das Ehrenamt in der Kommunalpolitik begeistern müssen.

Was tun?

Die Voraussetzungen für die Wahrnehmung des Ehrenamtes sind zu prüfen und wenn möglich zu verbessern (Ausstattung, Freistellung, Aufwandsentschädigung, Fortbildung) und es ist vor Überlastung (Funktions- und Terminhäufung) zu schützen.

Die Menschen sind gezielt anzusprechen (Formate schaffen und Kommunikationskanäle nutzen) und aktiv einzubinden (Möglichkeit zur Mitwirkung geben, bspw. durch Hospitation), ihre Meinung zu zu lassen (Diskussionen), Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen und auch Erfolgserlebnisse zu vermitteln (Berichterstattung, Anerkennung und Würdigung).

Wir müssen alle auch in die Lage versetzen, erfolgreich zu arbeiten (z. Bsp. durch Mentoring) und entsprechende Qualifizierungen (Weiterbildung) anbieten. Auch müssen wir offensiv damit umgehen, dass eine Parteimitgliedschaft nichts anderes als eine fortgesetzte, kontinuierliche Projektarbeit ist und auch die SPD fundierte Seminare anbietet.

Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir durch eine gezielte Kampagne wieder mehr ins Bewusstsein rufen, dass die Mandatsträger/-innen vor Ort sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren.

Wir müssen aktiv um MitstreiterInnen werben! Infos rund ums Ehrenamt sollen wieder Lust aufs Ehrenamt machen. Die gezielte Ansprache zum Mitmachen ist auch im digitalen Zeitalter die beste Möglichkeit zur Gewinnung neuer ehrenamtlich tätiger Kommunalpolitiker/-innen und im besten Falle auch Parteimitglieder.

Dabei sind die folgenden Kernfragen zu beantworten:

- Wie machen wir auf das Ehrenamt in der Kommunalpolitik aufmerksam und wie begeistern wir dafür?
- Wie unterstützen wir Mandatsträger und wie begleiten wir Kandidaten?

angenommen

abgelehnt

überwiesen an

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken

Antrag: M1

Antragsteller: Juso-Unterbezirkskonferenz

Betreff: Verbesserung der Verzahnung des Öffentlichen Personennahverkehrs

Adressaten: SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Wir setzen uns dafür ein, ein neues Mobilitätskonzept für eine stärkere Verlässlichkeit von
- 2 Anschlüssen zwischen Bahn und Bus (bzw. Bus und Bus) im NVV-Gebiet aufzubauen. Als Ziel sollte
- 3 es unter anderem möglich sein, sich als Fahrgast für eine bestimmte Verbindung anzumelden,
- 4 damit der betroffenen Anschlussbus dann auf den Fahrgast warten kann.

Begründung:

Im ländlichen Raum ist es nicht möglich einen kostendeckenden ÖPNV zu betreiben. Die Busse fahren oft leer durch den Kreis. Dies liegt darin begründet, dass der Anschluss zwischen dem Verkehrsträger Schiene und dem Bus nicht immer garantiert wird. Nach 20 Uhr gibt es im gesamten NVV Gebiet eine Anschlussgarantie/Beförderungsgarantie, vor 20 Uhr greift diese nicht. Abfahrten der Busse sind meistens 3-5 Minuten nach der fahrplanmäßigen Ankunft eines Zuges am Bahnhof eingerichtet (siehe z.B. Bahnhof Malsfeld, Bahnhof Borken). Kommt es nun in den Nachmittagsstunden zu einer Verspätung des Zuges von 5 Minuten wird der Anschluss nicht mehr erreicht und der Fahrgast muss zwei Stunden auf die nächste Verbindung warten. Der Bus fährt unterdessen ohne einen Fahrgast los. Selbiges Problem existiert teilweise auch zwischen einzelnen Busverbindungen.

Durch eine Art Anmeldefunktion in einer der genannten Applikationen soll es dem Fahrgast möglich sein, den Anschluss noch zu erreichen. Durch diese Maßnahme ließen sich einige Individualfahrten einsparen und somit ein Beitrag zum Klimaschutz leisten.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	M2
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Kostenloses Schülerticket Hessen für alle Schüler*Innen und Auszubildende
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD-Landtagsfraktion

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzesentwurf in den Landtag einzubringen,
- 2 der eine vollständige Erstattung des Schülertickets Hessen für alle Schüler*innen und
- 3 Auszubildende vorsieht, die für das Schülerticket Hessen bezugsberechtigt sind.

Begründung:

Aktuell dürfen alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Schule (Ausbildungsbetrieb) oder Wohnort innerhalb Hessens liegt, ein Schülerticket Hessen beziehen. Das Schülerticket Hessen kostet 1€ am Tag – 365€ im Jahr. Erstattet bekommen das Schülerticket Hessen laut §161 HSchG alle Schüler*innen und Auszubildende, deren Wohnort mehr als 2 km von der Grundschule oder ab der 5. Klasse mehr als 3 km von der Schule bzw. dem Ausbildungsbetrieb entfernt ist.

Von Schüler*innen und Auszubildenden, die näher als die oben angegebene Entfernung an ihrer Schule wohnen, wird erwartet, dass sie von ihren Eltern in die Schule oder zum Ausbildungsbetrieb gefahren werden oder diese das Schülerticket bezahlen. Dies stellt Familien, bei denen beide Eltern arbeiten oder Familien, deren Einkommen es nicht erlaubt, ein Schülerticket zu beziehen, vor besondere Herausforderungen. Auch können wir von Schüler*innen und Auszubildenden nicht erwarten, bei Wind und Wetter, speziell im Winter, bis zu 3 km in die Schule oder zum Ausbildungsbetrieb zu laufen. Da das Schülerticket Hessen nicht nur für die Schule genutzt werden kann, sondern auch für die Freizeit und in den Ferien, werden Schüler*innen und Auszubildende, die das Schülerticket Hessen nicht erstattet bekommen, klar benachteiligt.

angenommen

abgelehnt

überwiesen an

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Schwalm-Eder
Unterbezirksparteitag
am 30. März 2019
Bürgerhaus Borken**

<u>Antrag:</u>	V1
<u>Antragsteller:</u>	Juso-Unterbezirkskonferenz
<u>Betreff:</u>	Stärkung der Transparenz von Kontrollen in Lebensmittelbetrieben
<u>Adressaten:</u>	SPD-Unterbezirksparteitag Schwalm-Eder SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD-Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die aktuelle Praxis der deutschen Lebensmittelbehörden, Kontrollergebnisse aus
- 2 Lebensmittelbetrieben nicht öffentlich zu kommunizieren, lehnen wir ab.
- 3
- 4 Wir fordern eine gesetzliche Grundlage, die Transparenz zur Regel macht. Ziel muss sein, die
- 5 Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen den Verbraucher*Innen nachvollziehbar bereitzustellen
- 6 und die Veröffentlichung von Kontrollergebnissen vorzuschreiben.

Begründung:

„Foodwatch“ und die Transparenzinitiative „FragDenStaat“ haben im Januar 2019 eine gemeinsame Onlineplattform mit dem Namen „Topf Secret“ eröffnet. Dort können Verbraucher*Innen die Ergebnisse von Hygienekontrollen in Restaurants und anderen Lebensmittelbetrieben abfragen, wengleich nicht gesichert ist, dass die Kontrollbehörden dieser Abfrage nachkommen.

Um die Forderung nach mehr Transparenz nicht auf private Organisatoren abzuwälzen, fordern wir ein transparenteres System, um Kontrollergebnisse zu kommunizieren. Hierbei kann das dänische System, in dem alle Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung schon seit 2001 in Form von gut bis schlecht gelaunten Smileys veröffentlicht werden, im Internet und an der Ladentür eingesehen werden. Wie regelmäßige statistische Erhebungen zeigen, ist die Anzahl der hygienisch einwandfrei funktionierenden gastronomischen Betriebe deutlich gestiegen und zwar auf fast 90%, Mittelmaß und unappetitliche Unternehmen haben abgenommen.

Ein weiteres Beispiel ist das Projekt „Smiley“ in Berlin-Pankow, welches nach Klagen von Firmen und Restaurants eingestellt werden musste. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an